

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 46. Sitzung unserer Enquete-Kommission.

Ich freue mich darüber – ich hoffe, auch Sie alle –, daß es mir jetzt ein zweites Mal in der Arbeit unserer Enquete-Kommission vergönnt ist, uns während einer öffentlichen Anhörung zusammenbinden zu können. Dies ist trotz der Arbeit und Mühen, die wir hier auf uns nehmen, angenehm. Ich habe nämlich die große Freude, einen, wie ich finde, wunderschönen Blumenstrauß unserer Kollegin Frau Dr. Wilms überreichen zu dürfen, die noch ein Jahr weiser geworden ist. Ich gehe davon aus, daß ich ihr in unser aller Namen nicht nur herzlich gratulieren, sondern für das neue Lebensjahr auch viel Glück und Gottes Segen wünschen kann.

(Der Vorsitzende überreicht unter dem Beifall des Ausschusses der Abg. Dr. Dorothee Wilms einen Blumenstrauß)

Wir befassen uns heute und morgen mit folgendem Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Anhörungen zu dem Thema „Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949-1989“

Bevor wir diese weitere öffentliche Anhörung durchführen, ist folgendes festzuhalten.

Am Anfang dieser Epoche stand das Ende des nationalsozialistischen Gewaltregimes, dessen Terrorsystem eine europäische Katastrophe ausgelöst hatte. Als die Staaten der Anti-Hitler-Koalition im Frühjahr 1945 die totale Kapitulation Nazi-Deutschlands erzwungen hatten, mußten sich die Menschen in Deutschland fragen: Wie werden die Sieger mit uns umgehen? Die Siegermächte hatten – jede auf ihre Weise – die Frage zu beantworten: Wie kann sichergestellt werden, daß dieses Deutschland niemals wieder die Gelegenheit erhält, die Völker Europas mit Krieg und Terror zu überziehen?

All das, was heute unter dem Stichwort „Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik“ von ausgewiesenen Sachkennern dieser Materie vorgetragen und analysiert werden wird, wird unbedingt auch vor diesem Hintergrund gesehen werden müssen.

Die Deutschlandpolitik der Siegermächte wurde schon sehr bald nach dem Kriegsende durch den Beginn des Kalten Krieges zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bestimmt. Wir dürfen dafür dankbar sein, daß aus dem Kalten Krieg trotz aller Konfrontation kein heißer Krieg wurde.

Deutschland als Frontgebiet des Kalten Krieges und Berlin als Frontstadt bekamen die Veränderungen dieser internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik sehr schnell und direkt zu spüren. Bedeutete die Einbeziehung der deutschen Teilstaaten in die Frontbildung des Kalten Krieges einerseits eine unverhofft rasche politische Aufwertung, so wurden die Menschen in Deutschland andererseits auch mit den Lasten des Kalten Krieges

ganz unmittelbar und hart konfrontiert. Besonders die Bürger Berlins bekamen die Folgen dieser Neuordnung der politischen Machtverhältnisse tagtäglich zu spüren. Die ständig perfektionierte Teilung der Stadt hatte das Bewußtsein ihrer Bürger tief geprägt. Sie mußten mit der Mauer und im Schatten der Mauer leben.

Der Bau der Mauer 1961 in Berlin, die die Regierenden der DDR den „antifaschistischen Schutzwall“ nannten, teilte nicht nur Berlin, sondern bedeutete auch für 16 Millionen DDR-Bürger das Urteil, ohne Gerichtsbeschluß lebenslänglich eingesperrt zu sein.

Wenn wir uns mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland beschäftigen, werden wir uns auch dies immer wieder ins Gedächtnis rufen müssen: Die Menschen in der DDR lebten, handelten und dachten fast 30 Jahre lang mit diesem Urteil im Hinterkopf. Wer sie, wer uns verstehen will, darf über diese Tatsache nicht hinwegsehen.

In der ersten Phase der Einmauerung der DDR waren es zunächst nur einzelne Menschen im Westen, die sich dazu bereitfanden, die Teilung Berlins und Deutschlands nach dem Mauerbau auf ganz persönliche Weise zu überwinden. Ich glaube, wir müssen all denen noch heute sehr nachdrücklich danken, die damals ihre Angst überwandern und die oft entwürdigenden Schikanen der Grenzorgane der DDR über sich ergehen ließen, um die Kontakte der Menschen diesseits und jenseits der Grenze aufrechtzuerhalten.

Das SED-Regime hat an diesen zwischenmenschlichen Kontakten immer kräftig mitverdient. Die Mitbringsel der Westbesucher und die von ihnen zu entrichtenden Straßen-, Visa- und Strafbgebühren waren ein fester Posten im Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik.

Die offizielle Politik im Westen stellte sich erst allmählich auf die neuen Gegebenheiten ein. Die Passierschein-, Reise- und Straßenverkehrsabkommen waren wichtige Stationen bei der allmählichen Aufweichung des brutalen Grenzregimes der DDR.

Das Aufrechterhalten der menschlichen Kontakte, besonders durch die beiden großen Kirchen mit Leben gefüllt, die in zähem politischen Kampf allmählich verbesserten Reisemöglichkeiten auch für DDR-Bürger und die Veränderungen im europäischen Kräftefeld gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen der Wende des Jahres 1989. Trotz aller militärischen, ideologischen und wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen konnte es das SED-Regime nicht verhindern, daß die Menschen in Deutschland wieder zueinanderkamen. Man wußte sogar noch voneinander.

Durch die Medien gab es so etwas wie eine gemeinsame öffentliche Meinung zu beiden Seiten der Grenze in Deutschland. Die politischen Entwicklungen in der DDR nach dem Fall der Mauer spiegeln das deutlich wider. Über die politische Zukunft Deutschlands wurde sehr bald nur noch im Rahmen

jener Alternativen gedacht und entschieden, die im Westen unserer Heimat vorgebildet waren. Andere Lösungsmöglichkeiten hatten bald keine wirkliche Chance mehr.

Die Veränderung der internationalen Rahmenbedingung der Deutschlandpolitik, insbesondere der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa, verstärkten aber auch außerhalb unseres Landes die Einsicht, daß nur die Wiedervereinigung Deutschlands die vorhandenen Probleme lösen könnte.

Heute, wo manche der ersten Träume bereits ausgeträumt sind, erkennen wir, daß die internationale Verantwortung Deutschlands gewachsen ist. Der Zerfall der politischen Blöcke in Europa hat uns endgültig die Möglichkeit genommen, hinter dem breiten Rücken der Siegermächte von einst in politische Deckung zu gehen. Wir dürfen wieder selbständig entscheiden, nein, wir müssen wieder selbständig entscheiden. Wir sind heute auch wieder voll dafür verantwortlich, daß der Frieden in Europa und in der Welt erhalten bleibt.

Um dies immer so gut wie möglich tun zu können, ist es wichtig und notwendig – notwendig –, sich mit unserer Geschichte immer wieder zu befassen. Auch dem soll unsere heutige Sitzung dienen.

Ich bitte jetzt Frau Dr. Wilms, hier die Gesprächsleitung zu übernehmen und den nachfolgenden Historikern die Möglichkeit zu geben, uns ihr Wissen kundzutun.

(Beifall)

**Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU):** Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu Beginn unserer Anhörung, zu Beginn der Vorträge und der Diskussion einige Anmerkungen zur deutschlandpolitischen Bedeutung der Berlin-Politik der Jahrzehnte zwischen 1945 und 1990.

Berlin, die zwischen West und Ost und zwischen Freiheit und Unfreiheit geteilte deutsche Hauptstadt, war das unübersehbare Symbol für die Teilung Deutschlands, aber ebenso auch für seine Einheit. Nirgendwo war die deutsche Teilung sichtbarer, und nirgendwo zeigte sie sich brutaler als in dieser Stadt, die im Jahre 1961 dann noch durch die unsägliche Mauer zerteilt wurde.

Aber auch nirgendwoanders als hier in Berlin wurde die Unnatürlichkeit der deutschen Teilung sichtbarer. Wer auf diese Stadt blickte, spürte, daß dieser Zustand nicht dauerhaft, nicht auf alle Zukunft so bleiben konnte.

Meine Damen und Herren, ich selber habe viele hochrangige ausländische Besucher in diesem Hause, im Deutschen Reichstag, geführt und ihnen von einem der Fenster aus die Mauer gezeigt. Niemand ging unbeeindruckt nach Hause. Es gab niemanden, der sagte: Dies muß oder wird ein Dauerzustand sein.

Überall in der Welt galt Berlin als Symbol für die ungelöste deutsche Frage.